

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung: Erich Schmidt, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postkontokonto Nr. 404 49 Bism. Kbin. :-

Nummer 164

Wernspracher Nr. 1

Laasphe, Donnerstag den 17. Juli 1930

55. Jahrgang

Die Entscheidung ist gefallen:

Die Deckungsvorlage der Regierung vom Reichstag abgelehnt

Die Steuergesetze durch Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft gesetzt — Baldige Reichstagsauflösung?

Der Reichstag lehnte am Mittwoch nachmittag die Steuervorlagen der Regierung mit 256 gegen 204 Stimmen ab.

Letzte Verhandlungen

* Berlin, 16. Juli

Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten, die am Dienstag begannen, wurden am Mittwoch fortgeführt. Zwischen den Führern der Regierungsparteien und den von der Sozialdemokratie gestellten Bedingungen. Die Sozialdemokraten formulierten ihre Bedingungen dahin, daß die in der Deckungsvorlage enthaltene Kopfsteuer, die sog. Bürgerabgabe, fallen müsse und daß noch Verhandlungen über Änderungen der Vorlagen zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung notwendig seien.

Von den Regierungsparteien wurden die Forderungen der Sozialdemokratie als Abgabe gewertet. Man teilte den Sozialdemokraten mündlich mit, daß man in ihrem Schreiben keine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen über die Deckungsvorlagen erblickte. In der darauf folgenden Fraktionsberatung der Sozialdemokraten wurde der Ablehnungsbeschluss erneuert und die Einbringung eines Mißtrauensantrages beschlossen. Die Episode mit den Verhandlungen nach links war also am Nachmittag abgeschlossen.

Vollmacht für den Reichkanzler

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichkanzler am Mittwochvormittag die Ermächtigung erteilt und bestätigt, den Artikel 48 anzuwenden, wenn die Mehrheit für die Deckungsvorlagen nicht zustande kommt, ferner den Reichstag aufzulösen, wenn er den Erlass des Deckungsprogramms auf Grund des Artikels 48 wieder aufheben würde, oder wenn der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen wird, oder wenn sich irgend eine politische Situation ergibt, die einen anderen Ausweg nicht zuläßt.

Entscheidung im Reichstag

Die Regierung verzichtet auf Weiterberatung

Berlin, 16. Juli.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichstags stand zunächst der Einspruch des Reichsrats gegen das neue Amnestiegesetz. Die namentliche Abstimmung ergab 296 Stimmen gegen, 146 sozialdemokratische Stimmen für den Einspruch und 10 Stimmenthaltungen.

Präsident Lobe erklärte, zur Zurückweisung des Einspruchs wären nach der Geschäftsordnung in diesem Falle 300 Stimmen notwendig gewesen. Da diese Zahl nicht erreicht wurde, sei dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben worden.

Dann wird das Baufreditgesetz für 1930 ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Das Gesetz über die Verwendung von Inlandsgeräten zur Herstellung von Holz wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Hierauf wird die zweite Beratung der Deckungsvorlage fortgesetzt.

Abg. Torgler (Komm.) fordert eine Millionärsteuer, eine 10prozentige Sondersteuer für alle Vermögen über 500 000 M.

Sozialdemokratische Kampfanlage

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Unsere Stellungnahme ist nicht so sehr bedingt durch die Gestalt der einzelnen Artikel des Gesetzes, als durch die politische Gesamtsituation. Einzelne Bestimmungen des Gesetzes lehnen sich an die von uns veröffentlichten Richtlinien.

Ganz unannehmbar ist für uns die Bürgersteuer, die man besser Kopf- oder Negerssteuer nennen möchte. Bleibt sie im Gesetz, dann lehnen wir die ganze Vorlage ab.

Für uns ist die Vorlage auch unannehmbar, weil sie verknüpft ist mit einer Verschlechterung der Sozialpolitik. Der Konsequenzen unserer Ablehnung sind wir uns bewußt. Die Regierung Brüning ist von Anfang an eine Minderheitsregierung gewesen.

Wir haben unzweideutig unsere Bereitwilligkeit erklärt, an der parlamentarischen Verabschiedung der Deckungsvorlage mitzuwirken. Die Regierungsparteien scheuen sich offenbar, den Grund für ihre ablehnende Haltung öffentlich mitzuteilen.

Die Verhandlungen sind gescheitert. Unsere ablehnende Haltung zur Deckungsvorlage steht damit fest.

Berlin, 17. Juli.

Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung am Mittwochabend, die Deckungsvorlage im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen. Aufgrund des Notverordnungsrechtes wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schankverzehrssteuer in Kraft gesetzt.

Der Reichskanzler beabsichtigt, zur Durchführung seiner Vorlage den Artikel 48 anzuwenden. Wir halten das für verfassungswidrig, denn Artikel 48 soll dem Staat helfen, aber nicht einer Regierung aus der selbstverschuldeten Verlegenheit helfen.

Wir werden sofort die Aufhebung der Notverordnung beantragen und werden dann abwarten, ob die Deutschen ihre Oppositionsstellung aufgeben werden.

Abg. Effer (Ztr.): Tatsächlich sind die Verhandlungen dadurch zum Scheitern verurteilt gewesen, daß die Sozialdemokraten den dritten Satz ihres Schreibens in eine ultimative Form gekleidet haben.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erwidert, der dritte Satz habe lediglich die Ablehnung der Bürgersteuer ausgesprochen. Diese Steuer sei aber in der Regierungsvorlage gar nicht enthalten gewesen.

Die entscheidende Abstimmung

Artikel 2 der Deckungsvorlage (Reichshilfe) kommt nun zur namentlichen Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Artikels mit 256 gegen 204 Stimmen.

Dagegen haben die Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und die beiden Mitglieder der Volkspartei gestimmt.

Der Präsident stellt die Ablehnung fest und erteilt dem Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. Brüning: Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortführung der Behandlung der Vorlage keinen Wert legt.

Darauf wird der Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichstagsauflösung gegen die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett wird in namentlicher Abstimmung mit

244 gegen 59 Stimmen bei 151 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die Deutschnationalen haben gegen den Antrag gestimmt, die Sozialdemokraten haben Stimmenthaltung geübt.

Die Sitzung wird sodann durch eine halbstündige Pause unterbrochen.

Die zweite Beratung des Osthilfegesetzes.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die zweite Beratung des Osthilfegesetzes

fortgesetzt.

Abg. Hergt (Dn.) führt aus, im Ausschuss sei das Gesetz verbessert worden, vor allem durch die Regierungserklärungen über die Durchführung und durch den Beschluss, daß die Zahlung der Abfindungsbeträge erst vom Reichstag und vom Haushaltsausschuss des Reichstages genehmigt werden müsse.

Abg. Siegfried (Wp.) begrüßt die Vorlage. Die Osthilfe sei zu einer Herzensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes geworden. Die Not des Ostens sei nicht nur eine Not der Landwirtschaft, sondern auch des Handels und Kleinhandels.

Abg. Rönneburg (Dem.) ist der Meinung, daß die Ausschüsse Leichklüße zu einer Verbesserung der Vorlage geführt hätten. Die Deutschnationalen hätten wieder einmal deutlich gezeigt, daß ihre Liebe nicht der Bauernschaft, sondern dem Großgrundbesitz gehört. Der bäuerlichen Landwirtschaft müsse der ihrer Bedeutung entsprechende gerechte Anteil an der Osthilfe gewährt werden.

Abg. Dr. Wendhausen (Chr.-Nat. V. u. Wp.) weist darauf hin, daß man bei den Umschulungsaktionen doch wahrlich nicht von Subventionen sprechen könne; schließlich kämen ja die Umschulungen letzten Endes den Gläubigern zugute.

Reichsernährungsminister Schiele zieht nach Betrachtung von Einzelfragen der Osthilfe den Schluss, daß sich alle verantwortungsbewußten Kräfte des Reichstages in erfreulicher Einmütigkeit zum Wiederaufbau des bedrohten deutschen Ostens bekennen. Es handle sich bei der Osthilfe keineswegs um eine Politik der Subventionierung notleidender Wirtschaftszweige in einigen Teilen des Reiches, sondern um einen Akt der Staatspolitik von größter grundsätzlicher Bedeutung für das Wohlergehen des ganzen Staates und Volkes. Die drei großen Ziele der Ostpolitik der Reichsregierung seien auf wirtschaftlichem Gebiet: die Bahn frei zu machen für einen organischen Wiederaufbau der Wirtschaft im Osten, auf sozialpolitischem Gebiet: die Bekämpfung der Landflucht und tatkräftige Förderung der Siedlung, auf nationalpolitischem Gebiet: an Stelle der Landverödung und der wirtschaftlichen Preisgabe des deutschen Bodens im Osten ein starkes Bollwerk bodenständigen Bauerntums zu schaffen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 12 Uhr vertagt.

Ein Antrag, die Amnestievorlage der Regierungsparteien auf die Tagesordnung zu setzen, scheiterte an dem Widerpruch der Linken. Schluß 1/21 Uhr.

Das Stahlhelmverbot aufgehoben

Militärische Übungen weiterhin verboten

Berlin, 16. Juli.

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Im Verlauf des 16. Juli fand im preussischen Innenministerium mit bevollmächtigten Vertretern der Bundesleitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, eine längere Besprechung statt. Hierbei wurde vom preussischen Ministerium des Innern erneut den Vertretern des Stahlhelms dargelegt, daß die gewünschte Wiederaufnahme des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen von einer eindeutigen Erklärung der Bundesleitung abhängig gemacht werden müßte, die eine bindende Zusage enthielte, daß in Zukunft Verstöße gegen bestehende Gesetze nicht mehr vorkommen würden.

In den Abendstunden des 16. Juli ging dann im preuss. Ministerium eine Erklärung des Bundesführers und zweiten Bundesführers gezeichnet ein.

Auf diese Erklärung hin ließ der preussische Minister des Innern der Bundesführung des Stahlhelms folgenden Schreiben zugehen:

„Nachdem die Bundesführung des Stahlhelms, BbG, die Erklärung abgegeben hat, daß in Zukunft die Veranstaltungen solcher und ähnlicher Übungen, wie sie zu der Auflösungsverfügung vom 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben, sowie die Beschäftigung mit militärischen Dingen im Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch der Kriegswaffen, im Stahlhelm verboten sind, und daß der Bund sich mit allen Mitteln für die künftige Befolgung dieser Anordnungen einsetzen wird, werden der Neubildung von Organisationen des Stahlhelms in

Gleich nach dem Ausbruch des Konflikts zwischen dem Reichspräsidenten und dem preussischen Ministerpräsidenten wegen des Stahlhelmverbots, lehten Versuche zur Beilegung ein, da bei allen Beteiligten die Auffassung bestand, daß es im Interesse Deutschlands liege, den Konflikt so schnell als möglich beizulegen. Vom preussischen Minister des Innern waren dem Stahlhelm gewisse Bedingungen gestellt worden, nach deren Erfüllung die Aufhebung des Verbotes erfolgen sollte. Der Stahlhelm hat in einem Schreiben seine Verhandlungsbereitschaft bekundet, zunächst allerdings einen Teil der Bedingungen abgelehnt. Der preussische Minister des Innern, Wäntig, hat dann die Leistung des Stahlhelms aufgefodert, bevollmächtigte Vertreter ins Innenministerium zu entsenden, um über die Aufhebung des Verbotes zu verhandeln.

Diese Verhandlungen begannen am Mittwochmittag. Von vornherein stand fest, daß es zu einer Verständigung kommen würde. Die Bestürzung, welche die Abgabe des Reichspräsidenten in den rheinischen Städten hervorgerufen hat, dürfte ihren Eindruck in Berlin nicht verfehlt haben.

Die Auswirkungen des Konflikts auf die Reichspolitik sind bekannt und in der Öffentlichkeit leidenschaftlich erörtert worden. Man wollte Hintergründe des Schrittes des Reichspräsidenten erkennen können und diese in einem Angriff auf die preussische Regierungskoalition sehen. Eine Erklärung des Reichspräsidenten jedoch, wonach politische Motive ihn nicht zu seinem Schreiben veranlaßt hätten und daß es sich um einen persönlichen Entschluß handele, hat diesen Erörterungen ein Ende gemacht.

der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen von der Polizei keine Hindernisse bereitet werden.

Gleichzeitig hat der preussische Minister des Innern die nachgeordneten Behörden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen hierüber unterrichtet und mitgeteilt, daß eine etwaige Neubildung des Stahlhelms in den genannten beiden Provinzen nicht zu beanstanden sei.

Ein Mißverständnis?

Erklärungen Hindenburgs und Preußens zum Briefwechsel.

Der Reichspräsident legt Wert auf die Feststellung, daß alle Beteiligten schon seit längerer Zeit, zum mindesten seit der Rückkehr des Reichstanzlers Brüning aus Neudorf Anfang Juli, von seinem Entschluß Kenntnis gehabt haben, nicht in das Rheinland zu reisen, falls das Verbot des Stahlhelms nicht rückgängig gemacht wird.

Von preussischer Seite wird hierzu mitgeteilt, daß dem Ministerpräsidenten Brauns von der Bedingung des Reichspräsidenten nichts bekannt gewesen sei. Es hätten nur private Unterhaltungen zwischen dem Reichstanzler, dem Reichsinnenminister und dem preussischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Hierbei habe der Reichstanzler gelegentlich geäußert, es bestehe die Gefahr, daß, wenn das Verbot nicht aufgehoben würde, der Reichspräsident seine Reise ins Rheinland aufgeben würde.

Um die Bürgersteuer

Von Oberbürgermeister Professor Dr. M. o. f.

Ueber eine der umstrittensten Maßnahmen der Regierung Brüning, der Einführung der Bürgersteuer, die gerade in den letzten Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie nochmals eine große Rolle spielte, geben wir hiermit einem bekannten Verwaltungsjuristen Raum zu Ausführungen, ohne uns im einzelnen mit ihnen identifizieren zu wollen.

Mit außerordentlicher Schärfe wird um die „Bürgersteuer“ gekämpft, die die Reichsregierung als Stütze ihres Finanzprogramms als Gemeindegeld vorgelesen hat. Von verschiedenen Seiten wird der Plan aufs lebhafteste begrüßt, als endliche Erfüllung eines schon lange mit Nachdruck erhobenen Wunsches und als ein Weg zu endlicher Beseitigung eines offenkundigen, schweren Mißstandes. Andere erkennen zwar den Grundgedanken als berechtigt an, glauben aber Bedenken wegen der technischen Durchführbarkeit äußern zu müssen. Insbesondere ist es die sozialdemokratische Presse, die leidenschaftlich die Steuer bekämpft. Sie schilt sie als „die unsäglichste und reaktionärste Steuerart“, eine Kopfsteuer sei es, die von kolonialen Elfenherren bei Regnern eingeführt werden möge, nicht aber bei freien Staatsbürgern. Dabei wird vergessen, daß sie in einer ganzen Reihe von Staaten besteht, und gerade in solchen, deren demokratische Staatseinrichtungen sonst gerühmt werden.

Die Bürgersteuer ist zwar in der Tat ihrem ganzen Sinn nach eine Kopfsteuer. Sie soll in gleicher Höhe von jedem wahlfähigen Bürger beiderlei Geschlechts erhoben werden, ungestraft nach der Höhe des Einkommens. Eine solche Steuer müßte roh wirken, wenn sie die alleinige oder maßgebende Form der Besteuerung wäre, wie es etwa der Fall war in den längst vergangenen Zeiten, da man mit der Personalbesteuerung überhaupt anfang, oder wie es in gewissen Kolonial-Ländern sein mag. Anders aber ist es damit, wenn eine solche Abgabe in mäßiger Höhe und mit einem finanziellen Ergebnis zur Erhebung gelangt, das im Gesamtsystem eine untergeordnete Rolle spielt; mit anderen Worten, wenn sich die Bürgersteuer einfügt in ein Steuersystem, das im übrigen die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit stark ausgebildet, ja vielleicht schon zum guten Teil überlappt hat.

In unserm ganzen Steuersystem fehlt der frühere persönliche Zusammenhang zwischen Ausgabebewilligung und Ausgabebedeutung. Namentlich in den Gemeindepunkten befehlen über die Ausgaben Mehrheiten, die an dem wesentlichsten Faktor der Ausgabebedeutung, den direkten Steuern, weder mittelbar noch unmittelbar beteiligt sind. Die Mängel eines solchen Steuersystems müßten jedem offenbar sein. Es stellt einen überaus großen Teil der Bevölkerung und der Staatsbürger von jeder direkten Besteuerung in einem Umfange frei, der allmählich das finanzielle Verantwortungsgesühl und den Staatsgedanken aufs höchste gefährden muß. Die Bürgersteuer soll jedem einzelnen das Gefühl der staatsbürgerlichen Verbundenheit mit seinem Gemeinwesen nach der positiven wie nach der negativen Seite geben. Sie soll das Verantwortungsbewußtsein stärken und gleichzeitig den Bürger stolz, der sich darauf gründet.

Die Bürgersteuer, namentlich wenn mit solchen Sägen wie im Entwurf der Reichsregierung gerechnet wird, ist nicht dazu geeignet, große Lücken im Gemeindefiskus unmittelbar zu stopfen. Ihr erzieherischer Wert ist die Hauptsache. Unter solchen Gesichtspunkten ist auch der Gedanke durchaus richtig, die Einführung der Bürgersteuer mit der Höhe der Realsteuern zu verknüpfen. Je höher die Realsteuern von den Gemeinden angepaßt werden, um so fühlbarer muß auch der Druck der Bürgersteuer sein, und käme er auch nur in Form von Pfennigen zur Geltung. Wie diese Verknüpfung gestaltet wird, bleibt zweckmäßigkeitsfrage. Wenn den Gemeinden erlaubt werden soll, bei verhältnismäßig niedrigen Realsteuern von ihrer Einführung abzusehen, so läßt sich dafür mancherlei anführen. Es läge dann weitgehend in der Mehrheit der Gemeindeverwaltung selbst, ihre Eingekessenen vor dieser Steuer zu bewahren. Wie gut diese Wirkung sein kann, ergibt sich aus dem Beispiel Bayerns, wo vor Einführung der Abgabe die bayerischen Gemeinden unter ständiger Hinweisung auf die Dringlichkeit ihrer Finanzbedürfnisse von der Regierung die Genehmigung höherer Gewerbesteuererhöhlungen verlangten, nach Einführung dieser Bestimmung sich die weitaus größte Zahl der Gemeinden mit den bisherigen Umlagen eingerichtet hat. Ein ähnliches System, das seit 1923 im Saargebiet besteht, hat sich in gleicher Richtung bewährt. Außer Bayern kennen von deutschen Ländern Württemberg, Oldenburg und Thüringen die Abgabe.

Trotzdem sollte man die technischen Schwierigkeiten nicht überschätzen. Was das Ausland anlangt, so sei auf Schweden hingewiesen, wo die Bürgersteuer als Verwaltungskostenbeitrag für die gemeindliche Gesundheits- und Schulpflege ganz und gar ist; ferner auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wo man ihr im Steuerrecht der einzelnen Staaten begegnet, schließlich und vor allem auf die Schweiz. Hier finden wir sie als Kantons-

abgabe in der Form einer „Aktivbürger-“, „Personal-“ oder „Hausangehörigensteuer“, politisch begründet mit der Notwendigkeit wenigstens einer direkten allgemeinen Besteuerung, sozial mit den Befreiungen der Einkommen- (Erwerbssteuer) infolge der Existenzminima. Was dort gilt, gilt auch für Deutschland, ja in dessen heutiger Notzeit ganz besonders. Man sieht: gewichtige staats-, finanz- und steuerpolitische Gesichtspunkte sprechen für die Einführung einer Abgabe, die, richtig gestaltet und gehandhabt, wahrlich keine Negativsteuer, sondern im tiefsten Sinne des Wortes eine Bürgersteuer ist.

Frankreich und die deutsche Antwort

Paris, 16. Juli.

Soweit die Morgenpresse sich mit der deutschen Antwortnote beschäftigt, läßt sich ein deutlich erkennbarer Gegensatz zwischen den Kommentaren der rechtsgerichteten Presse, die eine Gefahr in der deutschen Antwort erblickt, und der gemäßigten Presse feststellen, die die Antwort als ausreichende Dispositionsgrundlage betrachtet.

„Petit Parisien“ meint, die deutsche Antwortnote sei viel zufriedensstellender, als dies gewisse Berliner Meldungen hätten voraussehen lassen. „Petit Journal“ bezeichnet die deutsche Antwort als ein ernst zu nehmendes, in gemäßigten, vorsichtigen Wendungen abgefaßtes Dokument, das man mit der größten Aufmerksamkeit prüfen müsse. „Deuxième“ stellt nach einem Hinweis auf den Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Ansprüche auf Sicherheit die Frage, ob Frankreich etwa nach 1871 auf dem Berliner Kongress andere Ansprüche geltend gemacht habe. „Colonie“ ist der Meinung, daß die in Ton und Inhalt verführerische deutsche Antwort die allgemeine Friedensströmung nur verstärken könne. Auch „Matin“ sieht in der Antwort eine grundsätzliche Annahme und ein Angebot positiver Mitarbeit.

Ganz anders urteilen die nationalistischen Blätter. „Echo de Paris“ schreibt, die deutsche Regierung habe natürlich wieder die Gelegenheit benutzten müssen, um die Revision der Friedensverträge zu verlangen. Mussolini und sogar gewisse Franzosen seien ihr darin mit gutem Beispiel vorangegangen. „Journal“ vertritt den Standpunkt, daß die Auffassung der Reichsregierung von der europäischen Föderation sehr verschieden sei von der Briand's und sehr verschieden auch von der der Kleinen Entente und Polens. Auch „Journée Industrielle“ befürchtet, daß Deutschland durch seine kluge Auslegung des Briand'schen Memorandum als Argument für die Abänderung des Status quo von Europa benutzten könne. „Figaro“ meint, die deutsche Antwort habe nur den einen Zweck, die Revision der Friedensverträge zu verlangen.

Verhandlungsergebnis mit Moskau

Berlin, 17. Juli.

Die deutsch-sowjetische Schlichtungskommission hat den Bericht über die Ergebnisse der diesjährigen ordentlichen Tagung fertiggestellt und den beiden Regierungen zur Bestätigung vorgelegt. Im Vordergrund standen die Fragen des Niederlassungsabkommens. Deutscherseits handelte es sich in erster Linie darum, die Rechtsstellung der in der Sowjetunion anfassigen Reichsdeutschen, u. a. auch im Zusammenhang mit der in letzter Zeit planmäßig durchgeführten Kollektivierungspolitik zu klären und nach Möglichkeit zu sichern. Die Fragen fanden auf Grund der Erklärungen der Sowjetmitglieder der Schlichtungskommission eine praktisch befriedigende Regelung, ebenso wie auch die Wünsche, die die Sowjetregierung hinsichtlich der Niederlassungsfragen vorbrachte, durch entsprechende deutsche Erklärungen erledigt werden konnten.

Bei verschiedenen Fragen des Wirtschafts- und Seeschiffahrtsabkommens gelangte die Kommission zu praktischen Empfehlungen, die das Ziel haben, gewisse Hemmnisse im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr zu beseitigen. Mehrere Wirtschaftsfragen prinzipieller Art wurden eingehend durch beraten und den Regierungen empfohlen, Spezialverhandlungen darüber einzuleiten. Ebenso wurden in einzelnen Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes praktische Ergebnisse erzielt, bezw. der Weg hierzu vorbereitet.

Wenn auch nicht in allen Fragen, die der Schlichtungskommission unterbreitet waren, eine Übereinstimmung erreicht werden konnte, so hat doch die Aussprache, die darüber stattgefunden hat, eine Grundlage für die weitere Behandlung der Probleme geschaffen.

Russische Erntesorgen

Moskau, 17. Juli.

Die Sowjetregierung macht außerordentliche Anstrengungen, um die diesjährige Ernte reiflos erhaschen zu können. Einem besonderen Ausschuss wurde die Aufgabe übertragen, während der Ernteperiode in den Dörfern wirksame Propaganda für die Getreideablieferung zu treiben. Es ist geplant, Hunderttausende von Aufklärungsschriften und Broschüren zu drucken, mit denen das Dorf überschwemmt werden soll. Außerdem wurden besondere Fonds geschaffen, aus denen Belohnungen für pünktliche und reichliche Getreideablieferung gezahlt werden.

Im Handelskommissariat wird ein eingehender Plan der Getreideverfassung ausgearbeitet. Einem besonderen Studium wird die Frage unterzogen, wie die Dörfer in den Hauptbezirken mit Waren und Artikeln des täglichen Bedarfs im „Stoßtempo“ zu beliefern seien. Es wird darüber Abhilfe gesucht, daß die Mischstände auch auf diesem Gebiet überhand nehmen. So ist die Anzahl der für den Getreidetransport notwendigen Säcke mit 18 Millionen angegeben worden; bisher konnten aber nur 5 Millionen Säcke geliefert werden.

Unruhen in Bengalen

London, 16. Juli.

In Ost-Bengalen sind blutige Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Mohammedanern im Gange. Wie berichtet wird, sollen die Mohammedaner die Angreifer sein und innerhalb 3 Tagen 14 Hindus getötet haben. 4 Personen sind durch Schüsse der Polizei getötet worden, 53 wurden verhaftet. Die Hindu-Bewohner des Gebietes befinden sich auf der Flucht. Die Lage ist kritisch. Von den Unruhen sind 12 Dörfer betroffen.

Kämpfe in Marokko und Algier

Paris, 16. Juli.

Nach Meldungen aus Casablanca ist es in Marokko und Algerien zwischen französischen Truppen und Eingeborenen zu Zusammenstößen gekommen. Der erste Kampf wurde mit dem Stamm Mit Moghrab geführt, der einen Handstreich zwischen der französischen Postenkette ausgeführt und Geiseln und Herden mitgeführt hatte. Die französischen Truppen sollen dem Stamm große Verluste zugefügt, ihm die geraubte Beute wieder abgejagt und die Geiseln befreit haben. Die französischen Verluste betragen an Toten und Verwundeten 1 Offizier, 2 Unteroffiziere, 1 europäischer Soldat und 11 eingeborene Soldaten. Auch bei den Kämpfen in Südalgerien sollen die Eingeborenen große Verluste gehabt haben.

Ägypten in Wirren

Kairo, 16. Juli.

Die letzten Tagen in Alexandria herrschenden Unruhen haben bisher 17 Todesopfer und mindestens 300 Verletzte gefordert. Unter den Toten befinden sich 2 Italiener und 1 Grieche. Der englische Kommandant der Polizei und der italienische Konsul befinden sich unter den Verletzten.

Um weitere Unruhen zu verhüten, ist eine Verordnung erlassen worden, wonach sich niemand nach 8 Uhr abends auf die Straße begeben darf.

Die Ausschreitungen begannen mit einem 2stündigen Generalstreik der Nationalisten. Demonstranten zogen mit dem Ruf „Vang lebe Nubas Pascha“ durch die Straßen. Eine erregte Menge griff die Polizei mit Steinwürfen an und bemächtigte sich des Mahomet-Ali-Platzes im Zentrum der Stadt, wurde aber bald von der Polizei auseinander getrieben. Die Menge stürzte mehrere Kraftwagen um, und setzte sie in Brand. Die Polizei zog sich auf das Dach des Gerichtsgebäudes zurück und eröffnete dort ein Feuer auf die Menge.

Kurznachrichten.

Der Reichstag gab am Mittwoch dem Einspruch des Reichsrats gegen das Amnestiegesetz statt, da keine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz zustande kam. Das Amnestiegesetz ist damit gefallen.

Der Bayerische Bauernbund hat am Mittwoch beschloffen, wegen der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten aus der derzeitigen Regierungskoalition auszutreten. Das bedeutet das Ausscheiden des Landwirtschaftsministers Dr. Fehr aus der bayerischen Regierung.

Der Reichspräsident empfing eine Abordnung der amerikanischen Steuben-Gesellschaft, die ihm ein Gemälde des Generals von Steuben überreichte und die Grüße ihrer Landsleute überbrachte.

In Kattowitz wurde ein kommunistischer Anschlag auf das Wojewodschaftsgebäude vereitelt. Die Polizei, die rechtzeitig von den Absichten der Kommunisten unterrichtet worden war, sperrte das Gebäude und die umliegenden Straßen vollkommen ab. Wie es heißt, ist man den Organisatoren des Anschlages auf der Spur.

Das neue Gesetzprogramm.

Die bürgerlichen Parteien haben in Form eines Initiativgesetzes im Reichstag ein Gesetzprogramm beantragt, das unter Einrechnung der im Kriegslastenetat für 1930 bereits vorgesehenen 22½ Millionen die Bereitstellung weiterer Haushaltsmittel bis 1934 vorsieht und die Regierung ermächtigt, Bürgschaften bis zu 100 Millionen zu übernehmen.

Die eingeschränkte Arbeitslosenunterstützung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags erledigte die zweite Lesung zur Novelle zur Arbeitslosenversicherung. Dabei wurde beschlossen, daß Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur dann haben, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht.

Aus der Heimat

Donnerstag den 17. Juli 1930.

626 Handwerksbetriebe im Kreise Wittgenstein.

Das Wittgensteiner Handwerk in Zahlen.

Dem Bericht über die Tätigkeit der Handwerkskammer zu Almsberg für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 entnehmen wir:

Im Kreis Wittgenstein gibt es 626 Handwerksbetriebe mit 646 Betriebsinhabern. Darin arbeiten 480 Gesellen und Arbeiter. Die Zahl der darin beschäftigten Lehrlinge beträgt 209, die der Angestellten 9.

Nach der Zahl der Gesellen geordnet sind 375 Betriebe davon ohne Gesellen; 156 Betriebe haben je einen Gesellen, 66 Handwerker haben 2 bis 3 Gesellen zur Verfügung, 16 Handwerksbetriebe haben 4 bis 5 Gesellen, nur zehn 6 bis 10 und nur 3 Betriebe 11 bis 20 Gesellen. Betriebe mit über 20 Gesellen gibt es hier gar nicht.

Die Zahl der Motore in den Wittgensteiner Handwerksbetrieben beträgt insgesamt 328; sie haben zusammen 1833,66 PS.

Ueber das Innungsweien unterrichtet folgende Innungsstatistik:

Im Kreis Wittgenstein gibt es im Ausbaugewerbe eine Innung mit 32 Mitgliedern. Im Verleibungs- und Reinigungsgeerbe drei Innungen mit 233 Mitgliedern. Das Holzgewerbe weist zwei Innungen mit zusammen 120 Mitgliedern auf. Das metallverarbeitende Gewerbe hat hier eine Innung mit 51 Mitgliedern. Das Nahrungsmittelgewerbe schließlich als letztes hat drei Innungen mit einer Mitgliederzahl von 90.

Ein gutes Biennjahr. Dieses Jahr dürfte den Imkern recht viel Freude bringen und sie rechtlich entschädigen für manches Mißjahr, das ihnen fast den Mut zur Biennzucht raubte. Eine gute Schwarmzeit im Mai hat die Völker stark vermehrt. Sie sind so stark geworden, wie sie selten gewesen. Unermüdlich tragen die Tiere ein, füllten Wabe auf Wabe mit süßem Honig. Viele Imker konnten schon schleudern und erhielten eine ausgezeichnete Qualität an Honig.

16. Juli.
s in Ma-
Truppen
en. Der
ab geführt.
Postenkette
hatte. Die
Verluste
gt und die
betragen
roffizier, 1
en. Auch
angeordneten

16. Juli.
Unruhen
Verletzte
liener und
gel und der
geten.
Verordnung
hr abends

2stündigen
zogen mit
die Straßen.
würfen an
im Zentrum
auseinander
wagen um,
auf das Dach
ein Feuer

anspruch des
eine Zwei-
Amnestie-

och beschloß
chiedenheiten
reten. Das
inisterns Dr.

ng der ame-
demälde des
Brühe ihrer

Unschlag auf
ei, die recht-
richtigt wor-
denen Stra-
Organisato-

n eines In-
n beantragt,
at für 1930
tellung we-
e Regierung
n zu über-

ags erledigte
versicherung.
das 17. Le-
anspruch auf
in ihnen kein

at

ittigenkein.

hlen.

Werkstoffkammer
20. Juni 1930

Werkstoffbetriebe
Gesellen und
Lehrlinge be-

375 Betriebe
inen Gesellen,
r Verfügung.
en, nur zehn
llen. Betriebe

er Handwerker
zusammen

nde Innungs-
ugetwerbe eine-
und Reini-
gliedern. Das
men 120 Mit-
hat hier eine
mittelgewerbe
er Mitglieder-

hr dürfte den
schon entschädigen
zur Bienen-
hat die Bienen-
sie selten ge-
nen Wabe auf
schon schleu-
tät an Honig-

*** Neue Ausbildungsbestimmungen für die Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen.** Am 1. Okt. 1930 tritt eine reichseinheitliche Regelung von Ausbildung und Prüfungen auf dem Gebiet der Säuglings- und Kleinkinderpflege in Kraft. Er wird eine Ausbildung in zwei Stufen eingeführt: Jede Schülerin wird zunächst in einem Jahr gleichmäßig praktisch und theoretisch in der Pflege des gesunden Säuglings und Kleinkindes ausgebildet; am Ende dieses Jahres erfolgt eine staatliche Prüfung als Säuglings- und Kleinkinderpflegerin. In einem zweiten Jahr kann dann durch eine weitere Abschlußprüfung die Berechtigung zur Kleinkinderpflegerin erworben werden. In diesem zweiten Jahr wird insbesondere die Pflege des kranken Kindes gelehrt. Es hat viele und harte Kämpfe gekostet, um diese Vereinheitlichung zu erreichen, die uns zwar auch nicht glücklich erscheint. Aber es war wohl nicht anders möglich, die Wünsche der Länder, die bisher nur einjährige Ausbildung hatten, anders zu befriedigen. — Auf der Tagung der Berufsorganisationen der Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen in Dresden wurde als eine Hauptforderung die Förderung hauswirtschaftlicher Kenntnisse für die Pflegerinnen betrachtet. Die hauswirtschaftliche Ausbildung mit in das pflegerische Jahr hineinzunehmen, erschien unmöglich, um den Wissensstoff nicht noch zu vergrößern. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß in gleicher Weise wie bei den Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen durch ein Aufnahmegeramden der Beweis hauswirtschaftlichen Könnens erbracht werden könne. Es wurde den Schulen empfohlen, möglichst von sich aus die Forderung nach hauswirtschaftlicher Vorbereitung zu stellen, um damit den Andrang zur Ausbildung etwas einzuschränken.

Laasphe : Unsere Wasserleitung.

Dem Bürgermeisterrat wird uns mitgeteilt:

Am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr fand eine Besichtigung des Wasserleitungsbaues an Ort und Stelle statt. Zugewesen waren der Magistrat, die Stadtverordneten, der Wasserbauoberbaumeister Regierungsbaumeister Hansen vom Preuß. Kulturbauamt Hagen (nicht Regierungsrat wie gestern berichtet), ferner die Vertreter der Baufirma Scheben-Düffeldorf und der „Deutschen Hume-Rohre N.-G. Kirchhain-Überlauffing“.

Bei der Besichtigung wurde zuerst festgestellt, daß am Ende der Rohrleitung vor dem Hochbehälter ein Manometer einen Wasserdruck in der Leitung von 2,2 Atmosphären anzeigte. Dieser Wasserdruck entspricht also den Erwartungen. Sodann wurden zwei Betonrohre auf ihre Druckfestigkeit geprüft. Man verband sie miteinander, dichtete die beiden Öffnungen ab und setzte sie unter Druck. Das eine der beiden Rohre platze erst, als das Manometer 9 Atmosphären Druck anzeigte. Da die Stadt von der Hume-Gesellschaft nur eine Druckfestigkeit von 2 Atmosphären verlangt, dürfte diese Druckprobe die Druckfestigkeit der Betonrohre genügend erhärten. Vor mehreren Tagen wurden schon verschiedene Druckproben ausgeführt. Man ging dabei in ähnlicher Weise wie am Dienstag vor und erlangte damals das Ergebnis, daß die Rohre zwischen 1,5 und 7 Atmosphären Druck plagten.

Ferner wurde dann die auf verschiedene 100 Meter freigelegte, unter vollem Druck stehende Rohrleitung besichtigt. Es war bisher immer das sogenannte Fließen der Leitung bemängelt worden. Man hatte behauptet, daß gebrochene Rohre durch sog. Eisen-Schellen notdürftig repariert worden seien. Von der bauausführenden Firma und von der Aufsichtsbehörde unserer Stadt ist stets der Standpunkt vertreten worden, daß gestrichene Rohre zu entfernen seien. Man war ferner der Überzeugung, es sei besser, die Rohre, die nur stellenweise durchfeuchtet sind, nicht herauszunehmen, sondern sie mit den eisernen Rohrschellen zu verstärken. In Gegenwart der Versammlung wurde nun am Dienstag eine Rohrschelle geöffnet. Dabei stellte man fest, daß das Rohr nicht gebrochen war. Es zeigte sich nur eine kleine feuchte Stelle. Regierungsbaumeister Hansen erklärte, daß er diese Art der Dichtung für weit besser halte, als wenn man neue Rohre einsetze. Zu Versuchszwecken war auch ein gebrochenes Rohr mit einer Schelle gedichtet worden. Auch das wurde besichtigt. Nachdem man die Schelle etwas gelockert hatte, spritzte das Wasser in Meterhöhe heraus. Alle Gerichte, daß gebrochene Rohre gedichtet worden seien, erwiesen sich als haltlos. Niemand konnte angeben, daß er irgendwo etwas dergleichen bemerkt habe.

Anschließend fand eine Sitzung im Rathaus statt. Zuerst besprachen sich die Vertreter der städtischen Körperschaften allein mit Regierungsbaumeister Hansen. Danach wurden die Vertreter der Baufirmen zugezogen. Auf einstimmigen Beschluß wurde vereinbart:

Die städtischen Körperschaften verlangen eine abnahmefähige Wasserleitung bis zum 15. Sept. 1930. Die Vertreter der Baufirmen erklären sich damit einverstanden. Sollte die Wasserleitung bis dahin nicht abnahmefähig sein, so hat die Baufirma eine tägliche Konventionalstrafe von 50 R.M. zu zahlen. Diese vorläufige Abmachung bedarf noch der Bestätigung der Baufirma selbst, die in den nächsten Tagen erwartet wird. Es wurde ferner die Garantiezeit, die bisher nur 2 Jahre betrug, auf 6 Jahre verlängert. Vor Ablauf dieser 6 Jahre soll die Leitung noch einmal überprüft werden. Wenn sie dann nicht in Ordnung befunden wird, verlängert sich die Garantiezeit um weitere 4 auf 10 Jahre. Die Garantiezeit hinsichtlich der chemischen Einwirkung bleibt auf 10 Jahre bestehen.

*** Sillerbergturnen.** Am Sonntag gedenkt der Siegerlandturngau auf der sagenumwobenen Sillerbergheide die alljährliche Leistungsprüfung der Volksturner vorzunehmen, an der auch, wie alljährlich, einige Laasphe Turner und Turnerinnen teilnehmen. Bei der Beliebtheit des Sillerbergturnens mit dem damit verbundenen Lagerleben auf grüner Heide, umgeben von prächtigen Wäldern und meist im schönsten Sonnenschein, blauem Himmel und herrlichem Blick auf die bewaldeten Berge, wird auch diesmal große Beteiligung erwartet, besonders von Zuschauern. Viele Vereine verbinden damit eine Turnfahrt und tun gut daran, schlagen sie doch zwei Fliegen mit einer Klappe und verbinden die Arbeit mit der allgemeinen Freude. Die Vorbereitungen sind auch diesmal bei dem Turnverein Grund in guten Händen. Zum fünften Male ist das Schwimmen im gemächlichen Kampf vorgesehen und am Tage vorher in dem Sillerbach Licht-, Luft- und Schwimmbad. Die Zahl der gemeldeten Turnerinnen und Turner zu diesem Schwimmkampf ist sehr erfreulich. Hoffentlich tritt keine starke Abkühlung ein, was sonst natürlich die Leistungen sehr beeinträchtigen würde. Die Kämpfe finden nach vorangegangener Wanderung statt, von der nur die Altersturner befreit sind. Die Turner tragen einen Vierkampf, bestehend in: 100-

Meter-Lauf, Weitsprung, Schleuderballwerfen und Kugelstoßen aus, die Altersturner haben einen Dreikampf: Weitsprung, Kugelstoßen und 75-Meter bzw. 50-Meter-Lauf mit Abstufungen nach Altersgruppen. Die Turnerinnen zeigen ihre Können im Weitsprung, Kugelstoßen und 75-Meter-Lauf. Das Turnen beginnt für die Altersturner um 9 Uhr und für die Turnerinnen und Turner nach der Wanderung um 10 Uhr.

*** Besitzwechsel.** Das Herrn Glasermeister Stehling gehörige, in der Friedrichstraße gelegene Grundstück mit Haus ist durch Verkauf in den Besitz des Herrn Ludwig Ducharth hier selbst, übergegangen.

*** Grober Unfug.** Im sogenannten Zudengäßchen ist in einer der letzten Nächte, wahrscheinlich in der Nacht zum Dienstag, grober Unfug verübt worden. Mehrere Gartentürchen sind u. a. ausgehoben und beschädigt worden.

Wetterschau für Freitag: Fortdauer des unbeständigen Wetters.

*** Wingershausen.** Ein Akt gemeinster Rohheit wurde in der Nacht zu Montag hier selbst verübt. Als die Tochter eines hiesigen Bewohners in der Nacht ihr Fenster schließen wollte, wurde ihr aus der Dunkelheit heraus ein dicker Stein ins Gesicht geschleudert, der sie dermaßen verletzte, daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Hoffentlich gelingt es, den Täter zu ermitteln, damit er seiner gerechten Strafe nicht entgeht.

*** Hahfeld.** Wilderer. Anfang Juni hatte bekanntlich ein hiesiger Förster bei einem Nebbergang einen Wilderer überfallen, als er ein angeschossenes Reh verfolgte. Es handelte sich um einen Einwohner aus Hahfeld, der nach erfolgter Anzeige gestand, daß er diesem Gewerbe schon acht Jahre lang nachgegangen sei. Der Wildfrevler hatte sich nunmehr vor dem Schöffengericht in Marburg zu verantworten, wo er große Reue zeigte. Da er noch nicht vorbestraft war, ließ das Gericht Milde walten und erkannte auf 6 Monate Gefängnis. Vier Wochen muß er abtun. Für den Rest tritt Bewährungsfrist ein. Waffen und Munition wurden eingezogen. (Hinterl. Anz.)

*** Frankenbach, Krs. Diedenkop.** Verurteilung eines Brandstifters. Ein Besitzer eines hiesigen Anwesens wurde vom Schöffengericht wegen Brandstiftung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Am dritten Pfingstfeiertag war in seinem Anwesen ein Feuer ausgebrochen, das Scheune und Stall und einen Teil des Nachbargebäudes eingeäschert hatte. Die eingeleitete Untersuchung führte zu dem Verdacht der Brandstiftung.

*** Sterzhäusen.** Schultreiter. In dem Dorfe Sterzhäusen, Kreis Marburg, ist ein Schultreiter ausgebrochen, dem sich weitaus die Mehrheit der Bevölkerung angeschlossen hat. Der Schultreiter richtet sich gegen den ersten Lehrer, der es nicht verstanden haben soll, das Vertrauen der Dorfbewohner zu gewinnen.

*** Marburg.** Lehrauftrag für Vauorschung. Der außerordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Marburg, Dr.-Ing. Dr. phil. Friedrich Wachsuth, ist beauftragt worden, in der genannten Fakultät die Vauorschung in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.

Aus Nah und Fern.

*** Treibsdorf.** Tod durch Essigessenz. Das vierjährige Söhnchen einer Familie aus der Fischerstraße trant versehentlich aus einer Flasche Essigessenz. Man brachte das Kind auf dem schnellsten Wege in die Donner Klinik, wo es jedoch bald darauf an der schweren inneren Verbrennung eines schmerzvollen Todes starb.

Papageienprozeß in Hamburg.

Eine Hamburger Tierhandlung, bei der im Zusammenhang mit den seinerzeit zur Bekämpfung der Papageienkrankheit ergriffenen Maßnahmen auf Verlangen der Hamburger Wohlfahrtspolizei 182 Papageien und Sittiche getötet werden mußten, hat den hamburgischen Staat auf Schadenersatz verklagt. Nach Darstellung des Inhabers der Handlung soll es sich um völlig gesunde Vögel gehandelt haben. Außer der Forderung auf angemessenen Schadenersatz, wird vom Gericht auch eine Entscheidung über die Berechtigung der damaligen Maßnahmen der Behörden verlangt.



Einen schönen metallenen Eierbecher

verabsorgen wir von Freitag den 18. bis Montag den 21. Juli

zur weiteren Einführung auf 1 Pfund unjerer

hochfeinen Kaffeehornmischung

mit 50% Bohnenkaffee

Kaffeehornmischung 50% Pfd. 2.—

20% " 1.—

Apfelgelee mit dem reinen Destillat aus frischen Himbeeren

1 Pfund —.50

Glas " —.80

Emmer 2 " 1.10

Pflanzenmus 2 Pfd.-Emmer 1.15

Gem. Vierfrucht-Marmelade 2 Pfd.-Emmer 1.05

Emmentaler ohne Rinde 6 Stk. —.75

Krautspender Delikatesskase " —.50

Algen Stangenkase Pfund —.48

hochf. Rohkase mit Butter u. Rammel ca. 1 Pfd.-Dose —.60

Thams & Garfs

Telefon 61 Laasphe Bahnhofstr. 71

1 Gutschein auf alle Waren!

Schneeballfest im Hochsommer.

In Bad Grund im Harz, das auf ein 75jähriges Bestehen seiner Badeeinrichtungen zurückblicken kann, werden im Juli und August alljährlich sogenannte Schneeballfeste gefeiert. Dazu wird nicht etwa „imitierter“, sondern echter winterlicher Harzschnee verwendet. Die erforderlichen Schneemengen werden bereits im Winter in den zahlreichen Gletschertöpfen auf dem Berg bei Bad Grund gesammelt. In den im Schatten mächtiger Fichten liegenden Gletschertöpfen schmilzt der Schnee trotz größter Hitze nicht.

Die Handballmeister der DL und der DSB. Lv. Friesenheim und Polizei-Sv. Berlin, treffen am nächsten Sonntag in Ludwigshafen aufeinander. In Hamburg begeben sich die Faustballmeister der beiden Verbände in einem Turnier, und am 24. August stehen sich bekanntlich in Darmstadt die Wasserballmannschaften von DL und DSB. gegenüber.

Zweite Nordlandfahrt des „Graf Zeppelin“. Am Mittwoch früh ist unter Leitung von Kapitän Lehmann „Graf Zeppelin“ zu seiner zweiten Nordlandfahrt aufgestiegen. Die Fahrt wird 50—60 Stunden dauern. Das Luftschiff wird im Laufe des Freitag zurück erwartet. Die Fahrtroute wird dieselbe wie bei der ersten Fahrt sein. Die Wetterverhältnisse sind einigermaßen günstig. An Bord befinden sich 22 Passagiere, darunter General Robile und der spanische General Herrero.

Amerikanischer Riesenbesuch in Europa. Nach einer Meldung aus Newyork dürfte die Zahl der nach Europa reisenden Amerikaner in den nächsten Tagen ihren höchsten Stand erreichen. Man rechnet damit, daß sich nicht weniger als 13 000 Amerikaner nach Europa einschiffen werden. Die Schiffsgeellschaften hätten, um diesen Riesenverkehr bewältigen zu können, angeordnet, daß ihre Dampfer ihren Aufenthalt im Hafen von Newyork auf die unumgänglich notwendige Zeit beschränken.

Die Bergung der Toten in Hausdorf. In der Nacht zum Mittwoch gelang es den Bergungsmannschaften auf dem Kurtschacht 5 weitere Tote zu bergen, so daß die Zahl der noch in der Grube befindlichen Bergleute 39 beträgt. Einige weitere Opfer sind in den Heimatgemeinden beigelegt worden.

Bankraub. Fünf Banditen drangen mit gezogenem Revolver in ein Bankgebäude in Willmar (Minnesota) ein und schossen auf etwa 30 Angestellte und Kunden, unter denen eine Panik ausbrach. Zwei Frauen wurden durch Schüsse verletzt. Die Banditen raubten dann 35 000 Dollar. Ihren Rückzug deckten sie ebenfalls mit dem Revolver in der Hand.

Schweres Autobusunglück. Ein Autobus, der zwischen Taza und Ujda in Marokko verkehrte, ist auf der Brücke über den Talagh-Fluß bei Ouereif mit einem anderen Auto zusammengestoßen und in den Fluß gestürzt. Sechs Eingeborene kamen ums Leben, zwölf wurden schwer verletzt.

Hochbahnzusammenstoß in Newyork. Auf der Hochbahn in der 6. Avenue stießen 2 vollbesetzte Züge zusammen. 16 Personen erlitten Verletzungen. Ein geringfügiger Brand wurde von der Feuerwehr sofort gelöscht.

Letzte Nachrichten.

Sensationelle Anträge der SPD.

Berlin, 17. Juli. (Telegramm.) In der heutigen Reichstagsitzung, die um 12 Uhr mittags begann, ging Reichstagspräsident Löss auf die Notverordnung der Regierung ein und teilte mit, daß von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen gestellt worden sei. Außerdem ist von den Sozialdemokraten ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen.

Braun bei Hindenburg

Berlin, 17. Juli. (Telegramm.) Heute vormittag nahm der Reichspräsident von Hindenburg den Besuch des Reichstanzlers Brüning und des preussischen Ministerpräsidenten Braun entgegen. In einer längeren Besprechung wurde eine völlige Beseitigung der Schwierigkeiten, die zwischen Braun und Hindenburg wegen des Stahlhelmschutzes bestanden, erreicht. Reichspräsident von Hindenburg wird nun seine Rheinlandreise planmäßig vornehmen.



Der Kriegerverein Banse

feiert am Sonntag den 20. Juli 1930 sein diesjähriges

Stiftungsfest

mit Zapfenstreich am Sonnabend Abend in althergebrachter Weise.

Die Musik wird ausgeführt von der Blöcher'schen Kapelle, Weisenbach.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Photo-Bedarf

und Photo-Arbeiten

liefert schnell und sachgemäß

Photo-Werkstätte K. Kämmerer

Laasphe Bahnhofstr.

Größeres Büro sucht zum mögl.

sofortigen Eintritt eine erfahrene

weibliche Kraft

zur vorübergehenden Beschäftigung. Beherrschung von Kurzschrift und Schreibmaschine notwendig.

Schriftl. Angebote unter H. 1267 an die Geschäftsstelle.

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut
fette man vor und nach der Be-
sonnung die Haut, insbesondere
Gesicht und Hände mit Creme
Leodor gründlich ein; man er-
zielt dann ohne schmerzhaft
Färbung eine gesunde, sonnenge-
bräunte Hautfärbung. Creme Leo-
dor, Tube 60 Pf. u. 1 Mk., Leodor-
Edel-Seife 60 Pf. In allen Chloro-
dori-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung
schöner weißer Zähne
putze man früh und abends die
Zähne mit der herrlich erfrischen-
den Zahnpaste Chlorodont, die
auch an den Seitenflächen mit
Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste
einen erhellenden Glanz er-
zeugt. — Chlorodont-Zahnpaste,
Tube 60 Pf. und 1 Mk.,
Chlorodont-Zahnbürste 1 Mk.,
Chlorodont-Mundwasser 1 Mk.



Schneeweiß
wie diese Blütenkelche

wird Deine Wäsche durch das vor-
zügliche selbsttätige Waschmittel

Ozonil

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im
Grundbuch von Feudingen, Band 25, Blatt Nr. 139
eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am
4. Oktober 1930, 9.30 Uhr an der Gerichtsstelle Schloß-
straße Nr. 11, Zimmer Nr. 1 versteigert werden:

Nr. 1, Gemarkung Feudingen, Flur Nr. 17,
Parzelle Nr. 271/69, Grundsteuerrolle Nr. 410,
Gebäudesteuerrolle Nr. 278 a, bebauter Hofraum mit
Hausgarten auf dem Mühlenrain, Haus Nr. 237,
Anteil am Graben, 3,12 ar groß, Gebäudesteuer-
nutzungswert 36.

Nr. 2, Gemarkung Feudingen, Flur Nr. 17, Parzelle
Nr. 272/69, Acker auf dem Mühlenrain, 9,27 ar groß,
Grundsteuerreinertrag 48/100.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. April 1930 in
das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Holzarbeiter Adolf
Wunderlich in Feudingen eingetragen.

Laasphe, den 18. Juli 1930.

Das Amtsgericht.



Turnverein Laasphe.

Von Samstag den 26. bis Montag
28. Juli 1930 will die Jugend-
abteilung unter Führung des
Jugendwartes eine **Wanderfahrt**
machen. Strecke Ebertalperre, Bad
Wildungen, Frielar, Kassel. Fahr-
und Schlafgeld 6.80 Mark.

Anmeldung zur Teilnahme bis
zum Samstag den 19. d. Mts. beim
Unterzeichneten.

Der Vorstand.
J. A.: Becker.

Einige

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Mirella, Laasphe.

Komme morgen Freitag mit einer
großen Sendung:

Tomaten 4 Pfd. 1.— Mk.

Bienen und Pfäumen

Riesengurken 5 Stück 1 Mk.

Kohlhohl, Weißhohl, Wirsing,

Möhren 10 Pfd. das Pfund,

alles andre billig.

Hermann Brühl, Elberfeld

Einladung.

Alle nach Fischenbach „von aus-
wärts hereingeschnitten Fremdlinge,
die wenig oder garnichts zu den
Gemeindekosten beitragen“, werden
gebeten, am Freitag den 18. d. Monats
16 Uhr sich in der Wirtschaft W e i ß
zu einer Besprechung einzufinden.

Der Einberufer.

Neue Zentrifuge

100 Str. Stundenleistung, 1a Fabrikat
gibt billigt ab

August Bänfer, Schmiedemeister,
Laasphe.

Alle Familiendrucksachen

liefert Buchdruckerei E. Schmidt.

Manche

freie Stunde verschafft Ihnen IMI!



9 LÖSSEL IMI AUF 10 LITER
= 1 EIMER HEISSES WASSER

Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und
Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind
viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett
energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller
und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr
säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsöckeln, Bade-
wannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rück-
ständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch
nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

Die Schulreiterin

39]

Roman von Margarete von Saff.

Nachdruck verboten.

„Jamoses Tier. Keine wie Stahl. Und die Fesseln!
Rein, wirklich ein Staat. Vollblut — natürlich.“ Er
strich über die Flanke des Tieres.

„Araber“, sagte Graf Lüberitz nicht ohne Stolz. Er
gab dem Reitknecht einen Wink, das Pferd fortzuführen.
Dann reckte er Courtee noch einmal die Hand hin.
„Ich freue mich, Sie in Lüberitzhof begrüßen zu
können.“

In Courtees Gesicht stieg eine leichte Röte.
„Ich bitte um Verzeihung, daß ich Sie so früh hier
heimfinde. Nach unserer flüchtigen Bekanntschaft, Herr
Graf, hätte ich diesen Besuch nicht gewagt, wenn nicht ein
besonderer Anlaß —“

Lüberitz ließ ihn nicht ausreden.
„Bitte, Herr Courtee, Ihr Besuch ist mir sehr an-
genehm.“

Sie flogen die Stufen zum Hause empor — der
Diener kam ihnen entgegen. Dies zurück, um die Türen
zum Arbeitszimmer des Grafen zu öffnen, das fast einem
Saal glich. Courtee war überrascht. An den Wänden
hingen viele Pferdebilder. Etliche Krebsezeichnungen. Hin-
ter der Glasstür eines großen Schrankes aus Nischholz
leuchtete das Gold und Bunt vieler Bücherrücken. In der
Nähe des einen Fensters stand ein riesiger Diplomat-
schreibtisch und davor ein tiefer Leberstisch; eine Gruppe
von Leberstischen stand auch um den Kamin, in dem ein
hellrotes Holzfeuer prasselte. Lüberitz machte das überraschte
Gesicht Courtees Spaß.

„Gefällt es Ihnen bei mir?“ fragte er lächelnd.

Courtee nickte, sein Blick ging wieder zu den Bildern.
„Hier ist auch Roland vertreten“, sagte Lüberitz und
wies auf eines der Bilder. Courtee sah es an. — „Ein
Pferdchen wie 'ne Puppe!“ lobte er. — „Fräulein Schürich
hatte gewiß ihre Freude daran?“

„Ja, sie liebte ihn. Ob sie ihn noch reitet?“ sagte
Lüberitz. — „Hatten Sie jetzt einmal wieder Nachricht
von Fräulein Schürich?“

Courtee sah ihn an. So, nun war die Einleitung
gegeben.

„Ja“, sagte er, „aber keine gute. Wegen dieser Nach-
richt bin ich bei Ihnen, Herr Graf.“

Lüberitz bat ihn, Platz zu nehmen. Sie ließen sich
in die großen Sessel am Kamin nieder. — „Nauchen
Sie?“ fragte Lüberitz und reichte seinem Gast sein
Zigarettenetui und dann Feuer.

„Lassen Sie hören, Herr Courtee, was es mit der
Nachricht aus Amsterdam auf sich hat.“

Courtee fiel es schwer, zu sagen, um was es sich
handelte. Er suchte nach Worten, die die Sache mildern
sollten, fand sie nicht und stieß hervor, was geschehen war.

Lüberitz erblickte. — „Gott, das kann doch nicht
sein!“ Er sprang auf. — „Entschuldigen Sie“, sagte er
zu Courtee, „ich bin so unruhig, lassen Sie sich bitte
nicht stören, — ich muß hin und her gehen.“

Er lief im Zimmer ein paarmal auf und ab. Seine
Brust atmete schwer. In seinem Gesicht zuckten die Muskeln.
Courtee wandte seinen Blick von ihm und starrte in die
Flamme des Kamins. Er lauschte auf das heftige Atmen
des jungen, verzweiferten Menschen. „Ich wußte, daß
er sie liebte“, ging es ihm durch den Kopf. „Und er wico
ihre Helsen!“

Lüberitz blieb plötzlich vor ihm stehen.
„Ich muß zu ihr“, sagte er, „muß versuchen, ihr
zu helfen.“

Courtee nickte. — „Ich wußte es“, sagte er. Sein
Blick ging fast zärtlich über die hohe, schlankte Gestalt
des Grafen hin und hielt plötzlich still. Er hatte den
Trauerflor entdeckt, den der Graf um den linken Arm
trug.

„Sie haben Trauer, Herr Graf?“

„Ja, mein Onkel, Graf Vorkamp-Laue, ist gestorben.“

Den Namen hörte Courtee heute nicht zum ersten-
mal. Er war ihm in unliebsamer Erinnerung.

Wozu sich quälen lassen von den Gefühlsnüssen, die
weit hinten liegen? Nicht mehr daran denken, das ist
das Beste. Daß er hier den Namen hört, der ihm ver-
hängt ist, ist ihm wohl verdräglich — aber: Nicht mehr
daran denken! mahnte eine Stimme in seinem Innern.
Er brückte Graf Lüberitz sein Beileid aus. Es war Zeit,
daß er ging.

Er wollte sich verabschieden.

„Sie wollen doch nicht jetzt schon gehen, Herr Courtee,
o nein, das lasse ich nicht zu. Ich muß Sie meiner
Mutter vorstellen, die wird Sie bitten, bei uns zu Tisch
zu bleiben — und Sie werden ihr ihre Bitte hoffentlich
nicht abschlagen. Wenn es Ihnen recht ist, fahren wir
am Nachmittag zusammen nach Berlin, der Zug geht um
vier Uhr neun.“

Das wäre mir sehr lieb, Herr Graf — den Zug
brauchen wir aber nicht, ich habe das Auto für den anzen
Tag gemietet — denken wir es also zur Rückfahrt;
nur müßte ich um Verpflegung des Chauffeurs bitten —“

„Wird gemacht, Herr Courtee. Nun erlauben Sie,
daß ich Sie zu meiner Mutter führe.“

Courtee verneigte sich zustimmend.

Im Gange kam ihnen der Diener entgegen. Er blieb
in respektvoller Haltung vor dem Grafen stehen.

„Frau Gräfin wünscht den Herrn Grafen zu sprechen.“

„Ich bin eben im Begriff, zu meiner Mutter zu gehen.“

Courtee bat: „Lassen Sie mich irgendwo warten.“

Herr Graf, bis Sie Ihre Frau Mutter allein gesprochen
haben.“

Lüberitz führte ihn in den Salon.

Ein paar Minuten möchte er sich gedulden, hatte er
gefragt, aber aus den paar Minuten war schon eine Viertel-
stunde geworden. Gräfin Lüberitz war in einer Stim-
mung, in der man fremde Menschen nicht gern um sich
hatte. — Cornelia hatte ihr geschrieben, daß sie die Ab-
sicht habe, durch ihren Notar die Hypothek von sechszig-
tausend Mark, die sie auf dem Gute zu stehen hatte, und
die am ersten Juli fällig war, zu kündigen. Sie teilte
es ihr vorzeitig mit, damit Werner sich darauf einrichten
könne.

„Was soll nun werden, Werner — müssen wir die
Hypothek auszahlen, sind wir fertig. Es bleibt uns nichts
übrig, als das Gut zu verkaufen.“

„Bis zum ersten Juli ist lange hin, Mutterchen. Lassen
wir mal diese Geschichte beiseite, ich habe die Wichtigeres
zu sagen — ich muß heute für einige Tage verreisen,
Mama.“

Sie sah ihn überrascht an.

„Wohin?“

„Nach Holland.“

Sie begriff nicht, was er in Holland zu tun habe.
er erklärte es in hastigen Worten in der Beschränkung,
die Mutter würde ihm jeden Augenblick ins Wort fallen.
Er war erstaunt, daß sie es nicht tat. Die Mutter hatte
sich schon einmal von Vorurteilen freigemacht; als ihr
Bruder die Schulreiterin Evelyn Mostardt zu seiner Frau
wählte, hatte sie sie mit offenen Armen empfangen. Vor
Tagen hatte sie darüber gesprochen. Und die ehemalige
Schwägerin hatte sie um ihren Besuch gebeten, der aber
noch ausstand. Sollte die Mutter sich zum zweiten Male
dazu verstanden haben, eine Frau, die nicht aus ihrem
Kreisen war, aufzunehmen — aus Liebe zu ihm? —
Sein Blick ruhte forschend auf ihrem Gesicht, das todt-
war. Was bedeutete das?

(Fortf. folgt.)